



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Aufgrund des Ukrainekrieges fliehen in Europa gerade so viele Menschen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Darunter vor allem Frauen und Kinder. Diesen Kindern muss ihr Recht auf Bildung garantiert werden. Zumal noch nicht abzuschätzen ist, wie lange der Krieg dauert und ob sie jemals zurück in ihre Heimat kehren können. Deshalb müssen diese Kinder und Jugendlichen von Beginn an gut in unser Bildungssystem integriert werden und möglichst schnell neben ihrer Muttersprache Deutsch lernen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend eine Struktur aufzubauen, die sicherstellt, dass Kinder und Jugendliche, die flüchten, gut in unser Bildungssystem integriert werden. Diese Struktur muss folgende Bestandteile umfassen:

- Das Angebot an sprachlichen Vorkursen „Deutsch 240“ im Elementarbereich wird ausgeweitet.
- Alle Schularten haben es zur Aufgabe, die Kinder und Jugendlichen aufzunehmen.
- Die Zahl der Deutschklassen und der Möglichkeiten der gezielten Deutschförderung werden deutlich erhöht. Den Schulen wird zudem die Möglichkeit zur Teilung der Deutschklassen eingeräumt.
- Konzepte zur alltagsintegrierten Sprachförderung in Schulen werden umgesetzt. Sprachsensibler Unterricht wird in allen Fächern durchgängig während der gesamten Schullaufbahn etabliert.
- Die Schulen erhalten Mittel, um ukrainisch- und russischsprachige Fachkräfte einzustellen.
- Es muss einen Ausbau der schulpsychologischen Tätigkeitsstunden zur Hälfte der Arbeitsdeputate in allen Schularten geben. Die Unterrichtsstunden, die dadurch nicht mehr von den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen gehalten werden können, müssen durch zusätzlich eingestellte Lehrkräfte gehalten werden.
- Es werden mehr Drittkräfte für die Geflüchtetenförderung eingestellt. Diese Anstellungen dürfen nicht prekär sein.
- Onlineangebote für Lehrkräfte zum Umgang mit traumatisierten Schülerinnen und Schülern werden umgehend aufgestockt.

**Begründung:**

Die Anzahl der Deutschklassen hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Im Schuljahr 2020/21 gab es insgesamt noch 392 Deutschklassen in Bayern. Diese Klassenanzahl reicht für die neuankommenden, sich auf der Flucht befindenden Kinder und Jugendlichen nicht aus. Darum müssen jetzt schnell neue Klassen gebildet und den Schulen vor Ort die Möglichkeit einer Teilung bei Bedarf eingeräumt werden. Zudem müssen mehr Deutsch als Zweitsprache-Lehrkräfte und andere Fachkräfte für die Beschulung und Förderung der Flüchtenden eingestellt werden. Damit die Ankommenenden zudem in ihrer Muttersprache gefördert werden können, müssen auch hier entsprechende Angebote bereitgestellt werden.

Die Flüchtenden sind oftmals traumatisiert. Sie müssen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen unterstützt und betreut werden. Diese werden jedoch wegen der Coronakrise auch von den anderen Schülerinnen und Schülern gebraucht. Darum müssen sie mehr Stunden für diese Arbeit zur Verfügung haben. Zudem müssen die Lehrkräfte im Bereich Traumapädagogik besser fortgebildet werden. Bei der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen gibt es momentan allerdings nur einen Kurs, der Lehrkräfte in diesem Bereich fortbildet. Jede Lehrkraft muss die Möglichkeit bekommen, sich Traumata betreffend fortzubilden, um diese bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen und entsprechend handeln zu können.